Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,700.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile **20 Pf.**
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 272. **Freitag** den 29. September 1882. **76. Jahrgang.**

Bestellungen auf das vierte Quartal 1882 des Leipziger Tageblattes

(Auflage 17,500)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 33, gelangen lassen. Außerdem werden von sämmtlichen hiesigen **Zeitungsspediteuren** Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und ausgeführt. Auswärtige Abonnenten müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt
pro Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
inclusive Bringerlohn 5 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind **ohne** Postbeförderung 39 Mark, **mit** Postbeförderung 48 Mark Beilegegebühren unter Vorausbezahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfennige, für Reclamen aus Petitschrift unter dem Redactionsstrich 50 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unserm Preisverzeichniß berechnet, wogegen bei tabellarischem und Ziffer-Satz Berechnung nach höherem Tarif eintritt. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

☛ Das Tageblatt wird früh 6½ Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen wichtigsten politischen und Börsen-Nachrichten in telegraphischen Original-Depeschen. Mit seiner „Volkswirthschaftlichen Beilage" bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich auch sämmtliche wichtige deutsche und überseeische Handelsberichte. Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen **Gewinnlisten** aller Classen der **Königlich Sächsischen Landes-Lotterie** und die Nummer-Verzeichnisse der ausgelooften **Königlich Sächsischen Staatsschuldscheine.**

Leipzig, im September 1882.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 10. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungs-Blattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis zum 14. October ds. Js. auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 66. Bekanntmachung, die Aufstellung einer Taxordnung für ökonomische und sonstige Sachverständige in Expropriations-Angelegenheiten betreffend; vom 31. August 1882.

Nr. 67. Verordnung, die Einrichtung von Strafregistern und die wechselseitige Mittheilung der Strafurtheile betreffend; vom 1. September 1882.

Leipzig, den 27. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

Das Directorium des Landes-Obstbau-Vereins hat dem königlichen Ministerium des Innern eine Zusammenstellung der zur Bekämpfung der Blutlaus zu ergreifenden Maßregeln mit dem Ersuchen überreicht, derselben in Anbetracht der Gefährlichkeit dieses Thieres für die Obstcultur eine allgemeine Verbreitung zu geben.

Dementsprechend haben wir eine Vervielfältigung des gedachten Schriftstücks veranlaßt und Exemplare davon

in der Rathswache,
bei den Wächtern im Johannisthale und in der Expedition der Oekonomie-Inspection

zur Vertheilung ausgelegt und bringen dies im Interesse der Eigenthümer, bez. Pächter von Obstbäumen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, am 26. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Erstatteter Anzeige zufolge hat Hausmann Anna Schulze aus Zweenfau das ihr vom unterzeichneten Polizeiamte unterm 19. Juni cr. ausgestellte Dienstbuch verloren. Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, am 27. September 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.:
Junck, Pol.-Rath. Wagler, Ref.

Am 1. October d. J. kommt hier eine Copistenstelle, mit welcher ein Gehalt von 520 ℳ verbunden ist, zur Erledigung.

Bewerbungen sind schriftlich einzureichen.

Gohlis b. Leipzig, am 28. September 1882.

Der Gemeinderath.
Paulus.

Bekanntmachung.

Das vom unterzeichneten Polizeiamte unterm 12. August 1879 für Anna Selma Schiffner von hier ausgefertigte Dienstbuch ist verloren gegangen und im Auffindungsfalle bei uns abzuliefern.

Leipzig, am 27. September 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.:
Junck, Pol.-Rath. Wagler, Ref.

Nichtamtlicher Theil.

Orientalischer Rauch.

Die orientalische Frage ist in der That einem Vulcane zu vergleichen, in dessen Innerem niemals Ruhe herrscht. Je nach der Stärke der aus dem Krater aufsteigenden Rauchwolken, der emporschießenden Feuergarben und der zeitweise erdröhnenden Donnerschläge schließt man, ob ein neuer Ausbruch bevorsteht. Diese besorgnißerregenden Anzeichen haben in der letzten Zeit bezüglich der orientalischen Frage sich wieder bedeutend vermehrt und die Aufmerksamkeit der politischen Welt in Anspruch genommen. Es fehlt durchaus nicht an dichten Rauchwolken, weithin unheimlich leuchtenden Feuergarben und gewaltigen Donnerschlägen.

Die Ereignisse in Egypten, das dort plötzlich erfolgte Eingreifen der Engländer und ihr jüngster entscheidender Sieg, sind noch lange nicht als ein endgiltiger Abschluß des egyptischen Conflicts zu betrachten, der selbstverständlich einen wesentlichen Punct der vielen Puncte der orientalischen Frage bildet. Weder Europa im Allgemeinen, noch die Mächte, die bei der Ordnung der orientalischen Verhältnisse zumeist interessirt sind, haben bisher zu den Erfolgen der Engländer im alten Nillande entschieden Stellung genommen. Man wartet, beobachtet, wechselt Noten und hält hinter den diplomatischen Vorhängen geheimnißvolle Conferenzen; aber Niemand kann wissen und voraussbestimmen, welche Verwickelungen in nächster Zeit aus den gegenwärtigen Verhältnissen Egyptens hervorgehen können.

Zumal ist es die russische Diplomatie, welche die orientalische Frage und ihre verschiedenen Phasen keinen Augenblick aus dem Auge verliert. Sie ist unablässig bemüht, ihren Einfluß und ihre politisch-militairische Operationsbasis an allen wichtigen Puncten des europäischen und außereuropäischen Orients zu verstärken und möglichst dauernd zu befestigen. Auf der Balkanhalbinsel, besonders in Bulgarien, scheint auch Rußland wirklich festen Fuß gefaßt zu haben. Auch hat die russische Regierung neuerdings den Fürsten von Montenegro nach Petersburg und Moskau berufen, was gewiß nicht zum Zwecke einer bloßen Vergnügungsreise geschehen ist. Die Zeitungen wissen auch bereits zu melden, daß zwischen Rußland und dem ihm stets ergebenen Beherrscher der Schwarzen Berge ein förmliches Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen worden sei.

Der Fürst soll von Rußland eine namhafte Jahressubvention für militairische Zwecke erhalten und dafür sich verbindlich gemacht haben, auf den ersten Ruf von Petersburg her seine Tschernagorzen marschiren zu lassen. Diese Abmachung, die keineswegs unwahrscheinlich ist, kehrt selbstverständlich ihre Spitze gegen die österreichische Occupation in Bosnien und der Herzegowina, wo die mit Rußland verbündete panslavistische Partei fortwährend eine außerordentliche Rührigkeit entfaltet und die Pacifications- und Organisationsversuche Oesterreichs nicht zur Ruhe kommen läßt. Auch von Serbien her wird diese Agitation unaufhörlich unterstützt, wie sehr auch König Milan seine „freundnachbarlichen" Gesinnungen für den Wiener Hof dort erst unlängst betheuert haben mag, Versicherungen, für die der praktische Politiker keinen Deut giebt.

Bezüglich der wirklichen Stimmung und der Lage der Dinge in Serbien möchten wir hier lieber die Aeußerung eines großserbischen Belgrader Blattes verzeichnen, welche an Deutlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig läßt. „Ein hochofficiöses Wiener Blatt, die alte „Presse", sagt jenes serbische Journal, „hat gelegentlich der Ernennung des Herrn Nikolitsch zum „Civiladlatus" in Bosnien der österreichischen Regierung den freilich sehr verspäteten Rath ertheilt, sie möge vor Allem in Bosnien zum serbischen Elemente sich freundlich stellen, wenn Oesterreich überhaupt im europäischen Orient etwas ausrichten will. Wir nennen diesen Rath aus dem Grunde verspätet, weil wohl kein politisch zurechnungsfähiger Serbe im Königreiche, sowie außerhalb unseres Landes daran denkt, von der ganz ephemeren österreichischen Occupationspolitik in Bosnien sich ins Schlepptau nehmen zu lassen. Wir Serben wissen ganz genau, was wir wollen und welche Mission wir im europäischen Orient zu erfüllen haben. Daran wird uns Niemand hindern, am allerwenigsten das alte, morsche Oesterreich, welches aus naheliegenden Gründen jeden Krieg vermeiden muß. Wenn die österreichischen Staatsmänner zu wissen wünschen, ob ihre Occupationspolitik in Bosnien von Dauer und haltbar sei, so brauchen sie nur auf die Machtverluste Oesterreichs in Italien und Deutschland einen Rückblick zu werfen. Jene Verluste sollten Oesterreich doch jedenfalls überzeugen, daß es in dem ihm national und religiös gänzlich fremden Bosnien keinerlei Zukunft hat. An dieser einleuchtenden Thatsache vermag Niemand etwas zu ändern; am allerwenigsten der neue Civiladlatus, Herr Nikolitsch, wenn er auch, wie die Wiener Officiösen mit plötzlicher Befriedigung hervorheben, Serbe von Geburt, griechisch-orthodoxer Religion und ein Verwandter des Königs Milan ist."

So weit das serbische Blatt. Man sieht also, es raucht wieder einmal ganz auffällig aus allen Kratern und Spalten des orientalischen Vulkans; Grund genug für die Herren Diplomaten, einen verhängnißvollen Ausbruch zu verhüten, oder zum Mindesten für eine spätere Zeit aufzuhalten, denn Orient und Occident bedürfen wahrlich der Ruhe und des Friedens nach den schweren Kriegen, welche die letzten Jahrzehnte zu verzeichnen haben.

Leipzig, 29. September 1882.

Die „Nordd. Allg. Ztg." fährt fort, den Conservativen derb den Text zu lesen wegen ihrer angeblichen Selbstständigkeitsgelüste. Es wird der Partei sehr verübelt, daß man aus ihren Reihen Verwahrungen hören könne, als ob sie ohne jede Bedingung und Prüfung vorbehaltlos der Führung des Reichskanzlers folgen wolle. „Stillschweigende Disciplin" ist es, was verlangt wird. „Wollen die Conservativen lediglich Fractionspolitik machen mit dem Bestreben, dieselbe durch parlamentarische Gewalt der Regierung Sr. Majestät aufzudrängen, so mögen sie es versuchen auf ihre eigene Gefahr und ohne Anspruch auf eine Deckung, für welche sie eine sichere Gegenleistung nicht in Aussicht stellen wollen." Der unbefangene Beobachter der politischen Ereignisse wird von Selbstständigkeitsgelüsten und antigouvernementalen Regungen im conservativen Lager, abgesehen von einer ganz extremen hocherthodoxen und hochreactionairen Richtung, nicht allzu viel bemerkt haben. Die scharfe Zurechtweisung seitens des Regierungsblattes beweist aber, bis zu welchem Grad sich jede politische Partei der eigenen Ueberzeugung und des selbstständigen Denkens entäußern muß, wenn sie vom Reichskanzler dauernd als Stütze seiner Politik anerkannt werden will.

Auf einer am 24. d. M. in Köln abgehaltenen Versammlung von Vertrauensmännern ist ein nationalliberales Centralcomité für die Rheinprovinz eingesetzt worden, welches aus den Landtags- und Reichstags-Abgeordneten und einer Anzahl von Mitgliedern der Partei aus der Provinz und insbesondere der Stadt Köln besteht und die Aufgabe hat, die Wahlangelegenheiten zu leiten und zu fördern und demnächst auch eine dauernde Organisation der Partei für die Provinz vorzubereiten. Als das augenblicklich dringendste Bedürfniß wurde allseitig anerkannt, daß das Comité darauf hinwirke, daß, wenn irgend möglich, in jedem Wahlkreise ein nationalliberaler Candidat aufgestellt werde, es sei denn, daß die Partei aus Gründen der Zweckmäßigkeit Veranlassung nehmen müßte, für den Candidaten einer verwandten Partei einzutreten. Das Comité besteht aus den folgenden Abgeordneten und früheren Abgeordneten Seiffart, v. Eynern, Knebel, Delius, Dr. Hammacher, v. Cuny, Hollenberg, Sello, Strücker, v. Freeden, Dr. v. Schulte, Prof. Endemann, Oberbürgermeister Hoffmeister. Ferner aus folgenden Parteigenossen in der Provinz: Bloem (Düsseldorf), Louis Simons (Elberfeld), Rob. Barthels (Barmen), Prof. Menzel (Bonn), Prof. Bona Meyer (Bonn), Rechtsanwalt Matthias (Crefeld), Dr. Natorp (Essen), Rechtsanwalt Wachendorf (Aachen), C. Friederichs (Remscheid), Commerzienrath Lautz (Trier), Rechtsanwalt Boltz (Saarbrücken), v. Hovel (B. Gladbach), David Peters (Neuwied), Sanitätsrath Dr. Meyer (Eitorf), Vict. Sabier (Krefeld), Henckel (Wörs), Holthoff (Hochneukirch), Dr. Stratmann (Wald-Solingen), Stadler (Ehrenfeld), Andreae (Mülheim a. Rhein), Rechtsanwalt Richter (Coblenz), C. W. Langguth (Treben), Deidesbach (Gummersbach). Aus der Stadt Köln gehören dem Comité an die Herren Dr. Alb. Bachem, Ernst Oetkermann, F. Woldenbauer, H. Hartmann, Rob. Heuser, Arth. vom Rath, Otc. Jäger, Otto Hartmann, Dr. Rumpen, H. Pflaume, Justizrath Dr. Stacken (Vorsitzender).

Der Hauptartikel der letzten „Prov.-Corresp." beschäftigt sich mit den Wahlaufrufen der conservativen und der freiconservativen Partei. Von dem ersteren wird bemerkt, daß darin „den zwischen den liberalen Fractionen bestehenden Unterschieden nicht die gehörige Rechnung getragen und vielfach so geurtheilt worden ist, als wäre die Gesammtheit der Liberalen für alle Maßlosigkeiten der fortschrittlichen Führer verantwortlich." Aber, so meint das Blatt, es sei das „wesentlich aus dem Gang der diesmaligen Wahlbewegung zu erklären", auch von Seiten der gemäßigten Liberalen sei „auf das „Gemeinsame der liberalen Parteien" und auf die Nothwendigkeit der Bildung einer großen liberalen Mehrheit entscheidendes Gewicht gelegt worden". — Der Rest des Artikels steht auf der Höhe der Logik dieser Sätze. Es soll darin nachgewiesen werden, daß in den beiden conservativen Wahlaufrufen im Grunde das Nämliche gesagt sei — eine Behauptung, mit welcher die Presse der beiden Fractionen, die keineswegs dieser Meinung ist, sich abfinden mag.

Zur Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wird uns aus Berlin vom Mittwoch geschrieben: „Mit allen gegen eine Stimme hat gestern Abend die Stadtverordnetenversammlung, welche Anhänger der verschiedensten politischen Parteirichtungen in sich begreift, zu dem Vorgehen des Magistrats in der Auflösungsfrage eine Zustimmungs-Erklärung beschlossen, welche einen lebhaften Protest gegen die Auflösung selbst in sich schließt. Die Redner des gestrigen Abends schienen wirklich noch an der Möglichkeit festzuhalten, daß der Auflösungsbeschluß des Staatsministeriums an der zuletzt entscheidenden Stelle nicht bestätigt werden könnte; aber diese Hoffnung muß doch nach dem Tone des letzten ministeriellen Bescheides als absolut hinfällig erscheinen, und alle Kreise unserer städtischen Verwaltung würden wahrscheinlich im gegenwärtigen Augenblicke besser daran thun, sich mit allem Eifer an die Vorbereitung der Neuwahlen zu begeben. Denn daß die letzteren unvermeidlich geworden sind, falls nicht ganz besondere, nicht wünschenswerthe und hier nicht näher zu erörternde Möglichkeiten eintreten sollten, darüber können diejenigen nicht im Unklaren sein, welche den bisherigen Gang der Ereignisse mit Aufmerksamkeit verfolgt haben. Viel wüstes Geschrei werden sicherlich die Neuwahlen entfesseln, und einen besonders widerwärtigen Eindruck wird es machen, wenn auch hier wieder gerade Männer, die durch ihren Stand zu Predigern des Friedens berufen sein sollten, mit Mitteln jeder Art die Erbitterung irregeleiteter Haufen gegen die bisherige städtische Verwaltung schüren. Der einzige dissentirende Stadtverordnete aus der gestrigen Sitzung, Herr Limprecht, ist jetzt durch seine Rathgeber so weit gebracht worden, daß er drei der angesehensten Bürger der Stadt, den Oberbürgermeister Dr. v. Forckenbeck, den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Straßmann, und den Stadtverordneten Ludwig Löwe wegen Meineids denuncirt hat. Das klingt geradezu wahnwitzig, und es ist selbstverständlich, daß kein Staatsanwalt dieser Denunciation Folge geben wird; aber der ganze Vorgang beweist doch, wohin wir mit dieser Art von Agitation der Ruppel und Henrici, Stöcker und Limprecht, Förster und Liebermann treiben."

Durch die unerbittliche Logik seiner Zahlenreihen hat Geh. Rath Engel, der hoffentlich bei den preußischen Landtagswahlen einen Führer der Freiconservativen, den Consul Stengel, schlagen wird, den ganz besonderen Haß aller Reactionaire auf sich gezogen, die nichts mehr als Licht und Klarheit verabscheuen, und deren Kunst immer darin bestanden hat, im Trüben zu fischen. Der „Reichsbote" hat eben Engel's vielgelobtem Buche „Das Zeitalter des Dampfes" die Ehre eines Angriffes erwiesen. Engel zieht das Resultat seiner Untersuchungen: „die hier vorgelegte, bis Ende 1878 reichende Statistik der Dampf-Unternehmungen legt lauten Protest dagegen ein, daß Preußen und Deutschland in der industriellen Epoche, über welche sich unsere Untersuchung erstreckt, verarmt sei, und verweist solche Behauptungen in das Reich der Irrthümer." So etwas paßt natürlich den Leuten nicht, welche der „Aera Camphausen-Delbrück" den angeblichen Ruin Deutschlands Schuld geben, und so darf man sich auch nicht darüber wundern, wenn der „Reichsbote" zu dem obigen Satze bemerkt: „Wir können darüber nur staunen; denn es befinden sich alle die unzähligen Leute, welche 1870—1873 an den Gründern und Schwindlern ihr Geld verloren haben und heute unter Sorgen und Noth ihr Leben fristen, die feiernden Arbeiter und die stellenlosen Handlungsgehilfen in thörichtem Irrthum." Wenn dann Engel weiter bemerkt, daß Deutschland nicht nur eigene Eisenbahnen gebaut, sondern auch das Geld zu ähnlichen Bauten an andere Völker geborgt habe, so glaubt der „Reichsbote" diese Behauptung mit der Erinnerung an den angeblichen Verlust von 50 Millionen Thalern deutschen Geldes an rumänischen und von 100 Millionen an amerikanischen Eisenbahnen abzuthun.

In den letzten Tagen wurde die Frage sehr lebhaft erörtert, ob der Geh. Legationsrath Bucher schon jetzt oder erst in späterer Zeit aus dem Dienste scheiden werde, oder aber, ob er diesen Vorsatz vielleicht überhaupt aufgegeben habe. Ein meist gut unterrichteter Berliner Correspondent der „Boh." widerspricht dieser letzteren Möglichkeit und giebt dabei über die betreffende Angelegenheit nähere Aufschlüsse. Derselbe berichtet darin, daß Herr Bucher schon in den nächsten Wochen aus dem Reichsdienste scheiden werde. Richtig sei unbedingt, daß ihn nicht etwa Differenzen mit seinem Chef, sondern lediglich private Gründe zu diesem Entschlusse bewogen haben. Hierauf fährt der Briefschreiber fort: „Lothar Bucher ist bereits bei Jahren und sehnt sich nach Ruhe, wozu ihm seine langjährige, aufreibende Thätigkeit an der Seite des Fürsten Bismarck gewiß eine hinreichende Berechtigung giebt. Der Letztere sieht seinen treuen, bewährten Mitarbeiter, dessen außerordentliche Begabung und Arbeitskraft er stets nach Gebühr zu schätzen wußte, jedenfalls mit größtem Bedauern scheiden. Lothar Bucher hat einen ganz entscheidenden Einfluß namentlich auf die innere Politik des deutschen Reichskanzlers ausgeübt. Der stark socialistische Zug in den neueren Reformplänen des Fürsten Bismarck ist fraglos hauptsächlich auf Lothar Bucher, den ehemaligen Intimus Ferdinand Lassalle's, zurückzuführen. Bemerkt sei hier noch, daß Lothar Bucher sowohl den Frankfurter Friedensvertrag vom Jahre 1871, als auch den Berliner Vertrag vom Jahre 1878 redigirt hat."

Die Wiener „Polit. Corresp." theilt gegenüber den vielfachen an die Urlaubsreise des österreichischen Botschafters zu Petersburg, Grafen Wolkenstein, geknüpften Gerüchten mit, daß Graf Wolkenstein lediglich ein Schreiben des Generalprocurators der Heiligen Synode, Pobedonoszew, entgegengenommen habe, in welchem Pobedonoszew seine Beziehungen zu den Angeklagten im Ruthenenprocesse klarstellte und darauf bezügliche Aussagen machte. Dieses Schreiben sei durch das Justizministerium an das Lemberger Landesgericht gelangt, wo es in öffentlicher Gerichtssitzung seinem vollen Inhalt nach verlesen worden sei. Graf Wolkenstein habe in dieser Angelegenheit vollkommen richtig gehandelt und es könne auf das Bestimmteste versichert werden, daß derselbe sich unmittelbar nach Ablauf seines Urlaubs auf seinen Posten nach Petersburg zurückbegeben werde.

Im krainischen Landtage stimmten alle slovenischen Abgeordneten gegen die Errichtung einer deutschen Volksschule in Majerle. Die deutschen Abgeordneten verließen protestirend den Saal.

Der „St. James-Gazette" wird aus Kopenhagen vom 25. d. unter aller Reserve telegraphirt, daß der Kaiser von